

# Gemeinde Martfeld

---

## N i e d e r s c h r i f t

über die 27. Sitzung des Rates am 08.12.2004

im/in der

Mehrzweckraum der Grundschule Martfeld

Sitzungsbeginn: 20:00 Uhr

Sitzungsende: 22:40 Uhr

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Heinrich Lackmann

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Michael Albers

Jürgen Brüning-Kuhlmann

Heinfried Bröer

Frank Horstmann

Johann König

Heinrich Lackmann

Henning Lackmann

Michael Lackmann

Ulrike Menke

Gerhard Schröder

Jürgen Stubbemann

Torsten Tobeck

#### **Verwaltung**

Sabine Hey

Horst Wiesch

## Öffentlicher Teil :

### **Punkt 1:**

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Bgm. Lackmann eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Rat mit Ladung vom 26.11.2004 und Ergänzung vom 03.12.04 ordnungsgemäß geladen und beschlussfähig ist.

### **Punkt 2:**

40-0124/04

B-Plan Nr. 16 (70/21) „Alter Kamp“

- a) Beratung über die während der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Bedenken
- b) Satzungsbeschluss gem. § 10 BauGB

Herr Wiesch erläutern kurz anhand einer Folie, die von der Kirche vorgebrachten Bedenken. Es hat sich bei der Vermessung gezeigt, dass der Weg tatsächlich nicht dort verläuft, wo er in den Katasterunterlagen verzeichnet ist. Dadurch ist für die Herstellung der Parkplätze nicht mehr genügend Platz vorhanden. Der Weg soll daher nach Norden verlegt werden.

- a) Die innerhalb der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen ohne Bedenken werden zur Kenntnis genommen. Es werden zu den Stellungnahmen, in denen Bedenken geäußert werden, die Beschlussempfehlungen gemäß der Beschlussvorlage einstimmig beschlossen.
- b) Es wird die erneute (2.) öffentliche Auslegung wird gem. § 3 Abs. 3 Satz 1, 2. Halbsatz BauGB einstimmig beschlossen. Die öffentliche Auslegung wird auf Anregungen zu den Änderungen aufgrund der Bedenken der Kirchengemeinde beschränkt.

Der Geltungsbereich ist der Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

### **Punkt 3:**

#### **Erlass des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2005**

Bgm. Lackmann teilt mit, dass erst kurz vor der Sitzung bekannt wurde, dass die Gemeinde Martfeld Chancen hat, weitere Pro Land Maßnahmen genehmigt zu bekommen. Da jedoch der Umfang nicht bekannt ist, sollte u. U. die außerordentliche Tilgung auf 10.000 Euro reduziert werden und die Mittel für Pro Land bei Bedarf außerplanmäßig bzw. im Rahmen eines Nachtragshaushaltsplanes bereitgestellt werden.

Am letzten Montag hat eine Verkehrsschau stattgefunden, die Umsetzung der Ausschilderung der öffentlichen Einrichtungen wird erst in 2005 verwirklicht werden können. Die eingesparten Mittel müssen daher im Haushaltsplan 2005 erneut bereitgestellt werden.

Da Martfeld die einzige Mitgliedsgemeinde der Samtgemeinde ist, die bei den Kindergartengebühren eine Sozialstaffel hat, sollte eine Anpassung an die allgemeine Situation erfolgen.

Herr Wiesch stellt kurz die Eckdaten des Haushaltes vor. Er geht darauf ein, dass ein Ausgleich des Verwaltungshaushaltes ohne Zuführung des Vermögenshaushaltes nicht erreicht werden kann. Da

dies bereits seit einigen Jahren der Fall ist, lebt die Gemeinde von ihrem Vermögen. Da es nicht erlaubt ist, den laufenden Haushalt über Kredite zu finanzieren, würde dies irgendwann zur Haushaltskonsolidierung führen. Dies kann nicht gewollt sein, da dadurch das Selbstbestimmungsrecht des Rates weitgehend eingeschränkt wäre.

Herr König plädiert im Namen seiner Fraktion Wir für Martfeld dafür, keine außerordentliche Tilgung vorzunehmen, sondern 20.000 Euro für den Jugendbereich (mit Sperrvermerk) und 60.000 Euro für Pro Land Maßnahmen einzustellen. Der Eigenanteil der Gemeinde würde bei ca. 30.000 Euro liegen. Die 20.000 Euro für den Jugendbereich entsprechen ungefähr dem, was die Gemeinde bis jetzt für die Jugendarbeit eingenommen hat. Für die Fun Arena werden 40.000 Euro benötigt, wovon 20.000 Euro über die Beteiligung der GdS finanziert werden könnten. Weiterhin schlägt die Fraktion vor, wie auch in anderen Mitgliedsgemeinden nur noch alle 10 Jahre einen Präsentkorb zu überreichen, die 85. und 95. Geburtstage also rausfallen zu lassen. Bezüglich der Kindergartengebühren spricht sich die Fraktion gegen eine Erhöhung aus.

Herr Tobeck erklärt, dass die SPD Fraktion den Vorschlag macht, für die Ansätze Standortmarketing und Zuschuss an die GdS insgesamt 3.500 Euro bereitzustellen und sie für gegenseitig deckungsfähig zu erklären. Dabei ist folgende Aufteilung vorgesehen:

- 500 Euro für die drei Standortmarketinggruppen
- 500 Euro für Beteiligung der Gemeinde an der Gewerbeschau
- 500 Euro Zuschuss an die GdS für den Weihnachtmarkt
- 500 Euro Zuschuss an die GdS für Internetpräsenz
- 1500 Euro Zuschuss an die GdS für Gewerbeschau

Die Ratsmitglieder sind damit einverstanden.

Herr Albers teilt mit, dass gestern der Kindergartenbeirat getagt hat. Der Beirat hat eingesehen, dass eine Erhöhung der Kindergartengebühren notwendig ist. Er bittet den Rat darum, auf eine Einheitsgebühr zu verzichten. Der Beirat möchte dem Rat zur nächsten Sitzung einen eigenen Vorschlag vorlegen, wie die Erhöhung auch mit einer gestaffelten Gebühr erreicht werden kann. Weiterhin wurde angesprochen, dass die 150 Euro an Aus- und Fortbildungskosten pro Mitarbeiterin zu wenig sind. Es wird darum gebeten, den Betrag um 300 Euro heraufzusetzen.

Herr Tobeck ist froh über die Einsicht der Eltern, jedoch ist eine Erhöhung notwendig um den selbst gesetzten Deckungsgrad von 36% (ohne Kosten für Integrationsgruppe) zu erreichen. Im Übrigen ist die Gemeinde Martfeld noch die einzige Gemeinde in der Samtgemeinde, die eine Staffelgebühr hat. Dies verursacht bei der Berechnung zusätzliche Kosten. Er ist der Ansicht, das für gleiche Leistung auch gleiches Geld gezahlt werden sollte.

Herr Henning Lackmann hält es nicht für korrekt, eine Erhöhung der Fortbildungskosten zu fordern, da bereits im Vorfeld abgesprochen wurde, diesen Ansatz zu erhöhen. Bei den Kindergartengebühren ist heute nur der Ansatz zu beschließen, wie dieser dann erreicht wird, kann im Februar noch beschlossen werden. Bisher liegt nur der Verwaltungsvorschlag vor.

Herr Albers macht deutlich, dass es ihm darum geht, heute noch nicht über die Abschaffung der Gebührenstaffel zu beschließen.

Der Rat beschließt mit sieben Ja und fünf Nein Stimmen, den Ansatz für 2005 auf 76.200 Euro festzulegen und in den kommenden Jahren eine Gebührendeckung von 36 % (ohne Kosten für die Integration) zu erreichen. Ein entsprechender Satzungsbeschluss für die Kindergartengebühren-

satzung soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

Bgm. Lackmann hält die 20.000 Euro für die Jugendarbeit nicht für darstellbar, wenn man genau weiß, dass noch ein anderes Projekt ansteht, für das jeder Cent gebraucht wird. Auch sollte erst eine schriftliche Aussage der GdS zur Beteiligung vorliegen.

Herr König erwidert daraufhin, dass er dann den Haushalt nicht mittragen kann. Die Arbeitsgruppe Jugend hat viel Arbeit in die Fun-Arena gesteckt. Sie wird dies auch dann weiterverfolgen, wenn der Rat nicht bereit ist, ein entsprechendes Signal zu setzen.

Auch Herr Tobeck vertritt die Ansicht, dass die Arbeitsgruppe intensiv an diesem Projekt gearbeitet hat. Es sind auch zusätzliche Sponsoren gefunden worden, was sicherlich noch schriftlich fixiert werden muss.

Für Herrn Henning Lackmann ist es kein Fehler gewesen, dass die Gemeinde die eingenommenen Gelder für die Jugendarbeit nicht wahllos ausgegeben hat. Solange keine konkreten Zahlen vorliegen, sollte seiner Meinung nach keine Gelder im Haushalt fixiert werden.

Aus Sicht von Herrn König liegt noch kein Alternativ Konzept vor. Daher sollte zunächst das vorhandene Geld für die Fun Arena eingesetzt werden, welche keine weiteren laufenden Kosten verursacht und dann ist er auch gerne bereit an der Verwirklichung eines Jugendraumes mitzuarbeiten.

Bgm Lackmann verdeutlicht, dass Einigkeit darüber besteht, die Mittel für die Jugendarbeit zur Verfügung zu stellen. Das Grundstück und Gebäude zu erwerben, um dort unter anderem auch einen Jugendraum herzurichten, wird für die Gemeinde jedoch ein finanzieller Kraftakt sein.

Herr Albers betont, dass er sich schon immer vorrangig für die Schaffung eines Jugendraumes eingesetzt habe. Er hat jedoch kein Problem, wenn die Co-Finanzierung der GdS steht, in einem Nachtragshaushaltsplan die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

Der Rat lehnt es mit drei Ja Stimmen, acht Nein Stimmen und einer Enthaltung ab, 20.000 Euro für die Jugendarbeit bereit zu stellen.

Weiterhin wird der Antrag der GdS keine Mittel für 85. und 95. Geburtstage bereit zu stellen mit zwei Ja Stimmen und und elf Nein Stimmen abgelehnt.

Der Rat beschließt, eine Einwohnerfragestunde einzuschieben.

Eine Einwohnerin möchte wissen, was genau die fünf Gegenstimmen zum Beschluss über die Kindergartengebühren bedeuten.

Herr Albers erläutert, dass dagegen gestimmt wurde, da man gegen die Einführung einer Einheitsgebühr war.

Herr Wiesch macht deutlich, dass im Rahmen des Haushaltsplans lediglich über die Höhe des Ansatzes, jedoch nicht über die Verwirklichung beschlossen wurde.

Eine Einwohnerin regt an, dass man nicht nur über Gebührenerhöhung reden sollte, sondern auch über Ausgabenkürzung z. B. bei den Pro Land Maßnahmen.

Ein anderer Einwohner stellt fest, dass eine Grundsteuererhöhung wesentlich mehr Einnahmen

bringen würde und die Belastung würde dann auch auf mehr Schultern verteilt werden

Bgm. Lackmann macht deutlich, dass der Fehlbedarf im Verwaltungshaushalt hauptsächlich durch den hohen Zuschussbedarf des Kindergartens von rund 143.000 Euro verursacht wird. Außerdem hat sich der Rat mehrheitlich gegen eine Grundsteuererhöhung ausgesprochen.

Da keine weiteren Anfragen der Einwohner vorliegen, beschließt der Rat der Gemeinde Martfeld mit zwei Gegenstimmen den Erlass der als Anlage beigefügten Fassung der Haushaltssatzung 2005 unter Berücksichtigung der sich aus der Beratung ergebenden Änderungen.

Das Investitionsprogramm wird unter Berücksichtigung der sich durch die Beratung ergebenden Änderungen beschlossen. Der Finanzplan wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 4:**

Mitteilungen der Verwaltung

##### **Punkt 4.1:**

Amtliche Bekanntmachung, Änderung der Hauptsatzung

Herr Wiesch teilt mit, dass der Landkreis Diepholz künftig ein eigenes Amtsblatt herausgeben wird, in dem die kreisangehörigen Gemeinden ebenfalls kostenlos ihre Bekanntmachungen veröffentlichen können. Zur Zeit werden die Bekanntmachungen noch kostenaufwändig in der Kreiszeitung veröffentlicht. Damit die Gemeinde Martfeld künftig im Amtsblatt des Kreises veröffentlichen kann, ist eine Änderung der Hauptsatzung notwendig. Diese Änderung soll im ersten Quartal 2005 vorgenommen werden.

##### **Punkt 4.2:**

Verlegung Bushaltestelle Gieschenstraße

Herr Wiesch teilt mit, dass die Haltestelle an der Gieschenstraße verlegt wird. Der Gemeinde werden hierfür keine Kosten entstehen.

#### **Punkt 5:**

Anfragen und Anregungen

##### **Punkt 5.1:**

Wartehaus Kleinenborsteler Heide

Auf Nachfrage von Herrn Michael Lackmann, erklärt Bgm. Lackmann, dass bereits ein Buswartehäuschen für die Kleinenborsteler Heide vorhanden ist und dies nur noch aufgestellt werden muss, wenn dies auf dem dazugehörigen Platz möglich ist.

##### **Punkt 5.2:**

Mulchen Normannshauser Weg

Herr Michael Lackmann möchte wissen, warum der Normannshauser Weg durch die Firma Zöllner gemulcht wurde, obwohl der Gemeindearbeiter Engelmann auch ein entsprechendes Gerät hat.

Anmerkung: Von der Firma Zöllner werden alle Wege gemulcht, bei denen sie auch die Seitenräume

schneidet. Die Firma hat ein Spezialgerät, mit dem sie auch an Stellen kommt, die von Herrn Engelmann mit seinem Gerät nicht erreicht werden können.

**Punkt 5.3:**

Pressemitteilung 30.11.04, Radwegebau

Herr Bröer spricht Herrn Albers auf die Zeitungsartikel vom 30.11.2004 an. Er wäre bereits von einigen Einwohnern darauf angesprochen worden und möchte wissen, wie diese nun zustandekommen seien.

Herr Albers nimmt nochmals Stellung zum Radwegebau und möchte klarstellen, dass er keinen Einfluss auf die Darstellung in der Zeitung gehabt habe. Zur Verdeutlichung sollen seine Pressemitteilung und die Zeitungsartikel an das Protokoll angehängt werden.

**Punkt 6:**

Einwohnerfragestunde

Bgm. Lackmann teilt aufgrund einer Anfrage eines Einwohners mit, dass Herr Schwewe Flächen verkauft hat und auch eine Pachtfläche nicht weiter pachten kann. Er kann jedoch weiterhin den notwendigen Flächennachweis erbringen.

Nicht öffentlicher Teil :

**Punkt 7:**

Genehmigung der Niederschrift über die 25. Sitzung vom 17.10.2004

Herr Henning Lackmann spricht an, dass es nicht in das Protokoll aufgenommen wurde, dass er sich aufgrund der finanziellen Lage der Gemeinde gegen den Ankauf des Hauses Hoberg ausgesprochen habe, zumal auch kein Nutzungskonzept vorliege.

Herr König vermisst seine Anfrage, ob die CDU-, SPD-Fraktion und Bündnis 90/Die Grünen eine Gruppe im Sinne der NGO gebildet hätten. Die Frage wurde verneint.

Unter den oben genannten Änderungen wird die Niederschrift genehmigt.

Bgm. Lackmann teilt noch mit, dass in dem Vermerk der Koordinationsrunde fehlt, dass Zuschüsse für das Haus Hoberg nur dann gezahlt werden können, wenn die Maßnahme bis 08/2006 abgerechnet wird.

**Punkt 8:**

Verkehrsberuhigung im Bereich In der Heide

Bgm. Lackmann spricht an, dass die Auswertung gezeigt hat, dass doch relativ angepasst gefahren wird.

Der Rat ist sich darüber einig, dass daher auf bauliche Maßnahmen in dem Bereich verzichtet werden kann. Dies will Bgm. Lackmann der Antragstellerin zunächst in einem Gespräch mitteilen.

**Punkt 9:**

## Vorstellung weiterer Planungen im Innenbereich der Gemeinde Martfeld

Bgm. Lackmann berichtet, dass vom Architektenbüro Göb-Hecklau angefragt wurde, ob man sich auf einer Teilfläche des Hofes an der Alten Bremer Straße ein Altenheim vorstellen könnte. Diese Fläche müsste dann als Sondergebiet ausgewiesen werden.

Weiterhin möchte Herr Clausen seinen Verkaufsraum erweitern. Hier besteht die Schwierigkeit mit dem Kanal, da nur eine Erweiterung in dieser Richtung Sinn machen würde. Herr Clausen soll seine Ideen dem Rat vorstellen.

Soweit für das Haus Hoberg Zuschüsse gezahlt werden, ist es auch möglich für Wege und Teiche im Bereich Meyerkamp Zuschüsse zu erhalten.

Herr Wiesch hält es für eine einmalige Chance, wenn in Martfeld ein Altenheim angesiedelt werden kann, da hierdurch Arbeitsplätze geschaffen werden können. Unter Umständen könnte man dies mit einer Planung für den Bereich Kööp in verbinden. Der Rat sollte sich recht schnell grundsätzlich für eine Ansiedlung aussprechen, die Detailplanungen können noch später verhandelt werden.

Nach Ansicht von Herrn Tobeck spricht nichts gegen die Ansiedlung des Altenheimes, aber die Wegeverbindung zum Alten Kamp muss auf jeden Fall mit eingehandelt werden.

Der Rat ist sich darüber einig, dass grundsätzlich ein positives Signal gegeben werden soll. Allerdings wird ein Standort weiter nördlich für günstiger gehalten. Herr Albers enthält sich ausdrücklich.

### **Punkt 10:**

40-0123/04

Einstellung einer Reinigungskraft für den Kindergarten

Der Rat beschließt einstimmig Frau Mina Müller, Neue Brake 7, 27327 Martfeld, ab dem 01.01.2005 zunächst befristet bis zum 31.12.2005 mit einer durchschnittlichen regelmäßigen Arbeitszeit von 16 Stunden wöchentlich als Reinigungskraft für den Kindergarten zu beschäftigen. Die Eingruppierung erfolgt nach Lohngruppe 1 des Lohngruppenverzeichnisses zum BMTG.

### **Punkt 11:**

Personalangelegenheiten

Antrag von Frau Brinkmann, Übernahme von Fortbildungskosten

Antrag von Frau Wolters, Weitergewährung Leistungszulage

Der Rat beschließt einstimmig, die Hälfte der Fortbildungskosten von Frau Brinkmann für die Fortbildung „Fachkraft für Sprachkompetenzförderung und Sprachentwicklung in der Kindertagesstätte“ zu übernehmen. Hierfür werden die Budgetmittel des Kindergartens um jeweils 300 Euro auf 1.200 Euro in 2005 und 2006 erhöht.

Weiterhin beschließt der Rat einstimmig, Frau Wolters weiterhin eine Leistungszulage in Höhe von 50 Euro zu zahlen.

### **Punkt 12:**

40-0126/04

## Vereinbarung zur Erschließung des Windparks Hustedt

Bgm. Lackmann würde es besser finden, wenn alle Straßen asphaltiert werden könnten.

Herr König hält es für wichtig, dass dieser Bereich optimal ausgebaut wird, um zu vermeiden, dass andere Alternativen genutzt werden. Es sollte daher ein möglichst hoher Ausbaustandard gefordert werden.

Auf Nachfrage von Herrn Albers bestätigt Herr Wiesch, dass der Abschluss einer Erschließungsvereinbarung nicht dazu führt, dass den Windenergieanlagenbetreiber bei ihrer Klage ein Vorteil verschafft wird.

Der Rat beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, auf Grundlage des als Anlage beigefügten Erschließungskonzeptes für den Windpark Hustedt eine Erschließungsvereinbarung zu erarbeiten.

### **Punkt 13:**

Mitteilungen der Verwaltung

Radweg Büngelshausen

Bgm. Lackmann teilt mit, dass sich in Büngelshausen eine Bürgerinitiative gegründet hat, den Radweg, ähnlich wie in Ochtmannien, in Eigeninitiative zu bauen.

Herr Wiesch erläutert hierzu, dass der Weg in Ochtmannien ca. 7.000 Euro gekostet hat, da die Strecke in Büngelshausen kürzer ist, werden sich die Kosten auf ca. 5.000 bis 6.000 Euro belaufen.

Die Einzelheiten müssen hierzu noch in Gesprächen mit dem Straßenbauamt festgelegt werden.

### **Punkt 14:**

**Anfragen und Anregungen**

Herr Henning Lackmann bittet darum, das Tempomessgerät auch einmal in der Straße Ortende aufzustellen.

Bgm. Lackmann bedankt sich bei den Anwesenden und schließt die Sitzung um 22.40 Uhr.

Der Bürgermeister

Die Protokollführerin

### **Punkt 15:**